

neuen und alten Geschlechterrollen, die Bewahrung alter, patriarchaler und autoritärer Ordnungen durch Rufe nach starken Männern und Führerfiguren und – in manchen Fällen wie etwa bei der Tea Party in den USA – durch ein Verbot von Abtreibung und durch Homophobie, ebenso wie durch eine Abwehr der oft anachronistischen patriarchalischen Geschlechterpolitik aus dem Orient. Dabei entstehen virulente Widersprüche, die es zu untersuchen gilt.

### *Geschlechtsspezifische Unterschiede in der rechtspopulistischen Wählerschaft*

Die meisten rechtspopulistischen Bewegungen haben mehr männliche als weibliche Anhänger und Wähler. Insgesamt nahmen an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 mehr Männer als Frauen teil, mit Ausnahme von Estland, Irland, Malta, Finnland und Schweden. Historisch gesehen, stieg der Anteil weiblicher Stimmen in EU-weiten Wahlen zum Europäischen Parlament von 16 Prozent im Jahr 1979 auf 37 Prozent im Jahr 2014.

Die Verteilung der Wähler und Wählerinnen nach Alter, Beruf, Bildung und Geschlecht zeigt deutlich, dass der höchste Anteil von Wählern der Freiheitlichen Partei Österreichs männliche Arbeitnehmer zwischen 16 und 29 Jahren sind. Vergleicht man linksliberale Wähler mit jenen der FPÖ in der Altersgruppe unter 29 Jahren, ist es bemerkenswert, dass 54 Prozent der Frauen für die Sozialdemokraten und Grünen stimmten, während 51 Prozent der männlichen Wähler sich für rechte und rechtspopulistische Parteien (ÖVP und FPÖ) entschieden. Diese Tendenz ist in ganz Westeuropa zu beobachten.

Natürlich gab es schon verschiedene Versuche, die Kluft zwischen den Geschlechtern und die Unterschiede zwischen Ost und West zu erklären. Früher stimmten Frauen meist wie ihre männlichen Partner. Darüber hinaus entschieden sie sich in der Regel eher für konservative Familienwerte und für die eher konservativen Parteien. Dies änderte sich langsam ab 1968, schneller vor allem in den 1980er-Jahren – aufgrund der wachsenden Unabhängigkeit von Frauen, ihrer Professionalisierung und der neuen Gesetzgebung zur Gleichstellung von Frauen und Gender Mainstreaming.

In Osteuropa ist der Trend genau gegensätzlich: Hier neigen Frauen auch heute eher dazu, für konservative Parteien zu stimmen. Erklärungsversuche für die Unterschiede zwischen Ost und West weisen auf die westlichen Emanzipationsbewegungen hin, die nach 1989 in früheren Ostblockländern nicht attraktiv gewesen seien. Außerdem betraf die hohe Arbeitslosigkeit in der Regel Frauen (siehe Meinhart und Zöchling 2014). Links orientierte Parteien integrierten vor allem in Skandinavien mehr Politikerinnen, die auch mehr Wählerinnen überzeugen. Rechtspopulistische Parteien ziehen hingegen männliche Wähler an, auch wenn sie weibliche Galionsfiguren haben wie der Front National.

Der aggressive Wahlkampfstil scheint für männliche Wähler attraktiver zu sein als für Wählerinnen, und dies trotz der weiblichen Führung Marine Le Pens (bei den nationalen Wahlen im Jahr 2012 stimmten 21 Prozent der männlichen und 15 Prozent der weiblichen Wähler für sie). Dasselbe gilt für die dänische rechtspopulistische Partei, deren Politiker weitgehend weiblich sind. Ein Faktor scheint Wählerinnen besonders für den Front National zu gewinnen: die vehement antimuslimische Positionierung. Die selbst zugeschriebene Funktion zum Beschützer weiblicher Freiheiten wirkt dem aggressiven Kampagnenstil entgegen, den viele Frauen nicht oder weniger billigen als Männer.

Will man die geschlechtsspezifischen Unterschiede erklären, sind drei Faktoren relevant: erstens die Veränderung der Geschlechterrollen und die Umsetzung liberalerer Geschlechtergesetzgebung nach 1968, zweitens religiöse Überzeugungen und damit verbundene Familienwerte, drittens Fremdenfeindlichkeit (wozu auch antimuslimische Gefühle gehören, aber nicht allein). Der größte Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Wählern besteht bei jungen Wählern und Wählerinnen, was zunächst unlogisch wirkt, denn jüngere Generationen gelten in der Regel als aufgeschlossen und weltoffen. Selbst in Ländern mit massiver Jugendarbeitslosigkeit wählen Frauen eher „Mitte-links“. Die männliche Kernwählerschaft der rechtspopulistischen Parteien kommt aus der Arbeiterklasse und verliert sich – wie die österreichischen Journalistinnen Edith Meinhart und Christa Zöchling (2014) argumentieren – in nostalgischen Erinnerungen an eine mystifizierte Vergangenheit: die „gute alte Zeit“. Sie fürchten Globalisierung und Arbeitslosigkeit und neigen daher zur typischen Sündenbock-Rhetorik der Rechtspopulisten (siehe Kapitel 1, 3 und 6).

In den USA scheint das Wahlverhalten von Frauen und Männern von starken Wertkonflikten bestimmt. Obwohl mehr Frauen für Clinton, Gore und Obama als Präsidenten stimmten als für ihre republikanischen Gegenspieler, gibt es dennoch große Gruppen von Frauen, die sich weit rechts von der Mitte positionieren und gegen Abtreibung und für traditionelle Familienwerte kämpfen (Textbeispiel 14). In solchen Bewegungen scheinen religiöse Wertkonflikte andere, traditionellere Rechts-Links-Unterscheidungen in den Hintergrund zu drängen. Deshalb dominieren Abtreibungsdebatten (*Pro Life* gegen *Pro Choice*) die amerikanische Öffentlichkeit und haben den Status von Lackmus-Tests: *Pro Choice* signalisiert demokratische Ausrichtung, *Pro Life* republikanische.

Unter allen anderen hochsensiblen Werturteilen wie für oder gegen Waffenbeschränkung, für oder gegen nationale Gesundheitsfürsorge dient dieses typisch weibliche Anliegen dazu, Parteipräferenzen zu bestimmen (Rosin 2013). Diese Wertkonflikte sind seit dem Aufstieg der Tea Party und der (oft auch rassistischen) Anti-Obama-Propaganda explizit greifbar geworden und werden meist mit der früheren Kandidatin für die Vizepräsidentschaft, Sarah Palin, in

Verbindung gebracht (siehe Kapitel 6). Zwei total entgegengesetzte Positionen werden von zwei berühmten Frauen vertreten: Hillary Clinton auf der einen Seite, Sarah Palin auf der anderen Seite. In dieser Dichotomie symbolisiert Palin die attraktive weiße Frau, die ihre Familie beschützt und sich fast ausschließlich auf ihre Intuition und ihren „gesunden Menschenverstand“ verlässt. Im Gegensatz dazu steht Hillary Clinton für Erfahrung in der Politik, für Qualifikation und Bildung, und für intellektuelles Engagement. Trotz der Bemühungen Palins, Frauen anzusprechen, bleibt die Kernwählerschaft der Republikaner männlich. Männer neigen im Großen und Ganzen dazu, ihrer politischen Ideologie bei der Wahl zu folgen, während Frauen eher kritische Distanz bewahren und bei jeder Wahl aufs Neue überzeugt werden müssen (Abramowitz 2011, 2014).

### TEXTBEISPIEL 13

#### KOPFTUCH UND BURKA – KÖRPERPOLITIK

Wenn man auf die islamfeindliche Rhetorik der 1990er-Jahre und des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zurückschaut, zeigt sich, dass spezifische Bilder des „Weiblichen“ zum Symbol des ultimativ „Anderen“ geworden sind. Unzählige politische Debatten drehen sich um das sogenannte „Kopftuch“; auch weiterhin. Weibliche Kleidung (auch der *Hijab*, der Haare und manchmal Schultern bedeckt, und die *Burka*, die Haare, Gesicht und den ganzen Körper bedeckt) dienen als Symbole des „unzivilisierten, barbarischen“ Islam und der unterdrückten Frauen, die mithilfe der Regeln westlicher Kultur befreit werden sollten. Bei diesem Unterfangen verbünden sich interessanterweise rechtspopulistische Bewegungen mit einigen linken Intellektuellen und Parteien sowie Feministinnen. Sie gehen davon aus, dass *alle* verschleierte muslimischen Frauen offenbar gezwungen werden, Kopftuch oder Burka zu tragen. Der Westen stehe vor einer zweifachen Herausforderung und Verantwortung: westliche Frauen vor der Unterdrückung durch den Islam zu schützen und muslimische Frauen zu befreien. Dieser Diskurs konstruiert eine homogene Gruppe Außenstehender, die als äußerst bedrohlich für die westliche Welt wahrgenommen wird. Wie in Kapitel 6 erwähnt, wird dieser islamophobe Diskurs auch dazu verwendet, andere soziopolitische und vor allem sozioökonomische Ziele zu verdecken: Appelle zur Befreiung der Frauen von ihrer „*textuell-sexuellen*“ Unterdrückung (Amin 2014) vereinen mehr Wähler und Wählerinnen als Antimodernisierung und Antiglobalisierung. Der norwegische Soziologe und Journalist Magnus Marsdal (2013) hat die Veränderungen in der bislang traditionellen Spaltung zwischen rechts und links im Wählerverhalten im Detail überzeugend aufgeschlüsselt. Er weist zum Beispiel an Entwicklungen in Norwegen 2010 nach, dass Stimmen für (moralische) Werte jene für die traditionellen Parteien ersetzt haben.

„Klassenfragen werden in den Hintergrund gedrängt, Wertefragen werden betont. Spannungen über Umverteilung und Fairness werden abgebaut. [...] In der Gesellschaft sind ökonomische und soziale Spannungen in den letzten Jahrzehnten gewachsen, nicht nur in Dänemark, sondern in ganz Europa. Die politische Vernachlässigung von Klassenkonflikten findet nicht deshalb statt, weil die meisten Wähler Werte wichtiger finden als soziale Schichtung, sondern eher, weil aufgrund des bestehenden Konsens über Klassenfragen die Konfrontation über moralische und kulturelle Fragen (‚Werte‘) das einzig mögliche Mittel verblieben ist, sich parteipolitisch und ideologisch zu profilieren [...]. Ökonomische Debatten sind auch langweilig und grau. Sagt aber jemand etwas über das muslimische Kopftuch, dann bricht in den Medien die Hölle los.“ (51 f.)

## Die Schweizer Debatte über Minarette

Im November 2009 stimmte eine Mehrheit der Schweizer Wähler und Wählerinnen für ein Minarettverbot im ganzen Land. Das Ergebnis war ein gewaltiger Sieg für die rechtspopulistische SVP und passte gut in die identitäre Strategie der Schweizer Rechtspopulisten – sie wollten die traditionelle Schweizer Identität stärken und alle anderen unterdrücken bzw. marginalisieren.

Das von der SVP eingesetzte Plakat (Bild 7.1) zeigt eine Schweizer Fahne, die von schwarzen Minaretten durchbohrt wird, die an Raketen erinnern.<sup>2</sup> Die Silhouette einer ebenfalls als Karikatur ausgeführten muslimischen Frau in einer Burka, die anscheinend diesen Raketenangriff leitet, steht links vorne an der Spitze der Fahne und ragt über sie hinaus (und bedroht und erobert so metaphorisch den nationalen Körper der Schweiz).



Bild 7.1 SVP-Plakat 2009 fordert ein Verbot von Minaretten

Eine Frau steht metonymisch für alle muslimischen Frauen, für den Islam an sich und für die Gefahr, die von ihm ausgeht: Sie ist nicht nur mit Raketen bewaffnet, sondern hat sie auf Schweizer Territorium abgestellt – so wird das Bild zur Metapher für Krieg. Der Islam scheint im Krieg mit der Schweiz und – so wird angedeutet – im Begriff, das Land anzugreifen. Das enthaltene verdichtete Argumentationsschema ist leicht zu dekonstruieren: Weiterhin den Bau von Minaretten zu erlauben, würde bedeuten, dass man tatenlos zusieht, wie der Islam die Schweiz überrennt – ein klarer *Topos der Gefahr*. Als bewiesen (und gegeben) vorausgesetzt wird die – unbewiesene – Behauptung, dass der Islam per se äußerst gefährlich ist und den (christlichen) Wes-

ten durch etwas Unbekanntes (und daher Gefährliches) ersetzen würde – so unbekannt wie die Frau, deren Gesicht unsichtbar bleibt. Zugleich symbolisiert die verschleierte Frau auch weibliche (sexuelle) Unterdrückung, weil sie gezwungen ist, eine Burka zu tragen, daher auf westliche Kleidung und (als Folgerung) auf Freiheit zu verzichten.

Warum bildet das Plakat nicht bärtige Männer ab oder muslimische Männer und Frauen gemeinsam? Vermutlich, weil muslimische Frauen in der Öffentlichkeit besonders gut sichtbar sind, angestarrt von Passanten und oft auch belästigt.<sup>3</sup> Oskar Freysinger, ein Abgeordneter der SVP, bezeichnete Minarette als „Symbol eines politischen und aggressiven Islam“ und „für das islamische Gesetz“ und behauptete, dass Minarette in Europa einem Sieg des Islam gleichkämen (Betz 2013, 73). Er rechtfertigte die Kampagne mit dem Argument, dass die islamische Lehre grundsätzlich unvereinbar sei mit der säkularen Rechtsordnung der Schweiz. Vor allem der Bau von Minaretten würde als erster Schritt zu einer „schleichenden Islamisierung der Schweiz“ angesehen: Ein Minarettverbot würde den Islam unsichtbar machen und den angeblichen Versuch verhindern, die Scharia im Land einzuführen.<sup>4</sup> Die Volksabstimmung 2009 erreichte ihr Ziel: die westlichen liberalen Werte und Traditionen der Schweiz zu schützen und zu bewahren.

Es ist kein Zufall, dass Kopftuch und Burka zu Symbolen für die Gefahr geworden sind, die vom Islam angeblich ausgeht: Der Diskurs über die Verteidigung von Frauenrechten ist allgegenwärtig; sowohl rechtspopulistische Parteien als auch einige Feministinnen und linke Parteien haben ihn sich angeeignet. Plötzlich und überraschend interessierten sich also viele Männer für Freiheiten und Rechte von Frauen. Sexismus ist eng mit Nationalismus und Chauvinismus verbunden, und daher auch mit Körperpolitik (siehe oben):<sup>5</sup>

*„Sowohl muslimische wie nichtmuslimische Frauen sind Gegenstand dieses paternalistischen, antimuslimischen Nationalismus. Die ‚Unterdrückung‘ muslimischer Frauen durch ihre Männer wird benutzt, um den Islam als von Natur aus misogyn und repressiv darzustellen. Zugleich haben Vorfälle, bei denen muslimische Männer nichtmuslimische Frauen belästigt und vergewaltigt haben, eine nationalistische Reaktion ausgelöst, die mit dem ‚Schutz unserer Frauen‘ begründet wird.“ (Ho 2005, 4)*

(Muslimische) Frauen sind somit in einem Doublebind gefangen, eine typische No-Win-Situation. Der Islam wird als von Natur aus gefährlich dargestellt, für muslimische und nichtmuslimische Frauen gleichermaßen. Offensichtlich werden viele muslimische Frauen tatsächlich in ihren Familien und von ihren männlichen Geschwistern unterdrückt. Diese Art von Diskurs macht es jedoch praktisch unmöglich, die Islam-interne Situation zu besprechen, weil jedes Beispiel unweigerlich das insgesamt negative Bild des Islam stärken würde.

Kontroversen über Kopftücher sind damit zur Arena leidenschaftlicher Debatten und Konflikte über Kultur und Zivilisation geworden, über nationale Identitäten und die europäische Identität. Der Kampf um Identität wird mit sexueller Differenz und sexuellen Identitäten verknüpft, in diesem Fall einem modernen, geschlechter-egalitären „Wir“ gegen ein vormodernes, patriarchales und sexistisches „Sie“. Kopftuch und Burka sind nicht einfach Kleidungsstücke, sondern der Körper der Frau dient hier als Referenz für kulturelle, religiöse und ethnische Unterschiede (Sauer 2005, 1): Der Körper einer eindeutig muslimischen Frau wird benutzt, um die Bedrohung zu veranschaulichen, die vom religiösen Fundamentalismus ausgeht. In diesem Diskurs werden Konflikte über Werte und Religion, letztendlich über nationale Identitäten, als *Machtkämpfe über weibliche Körper* ausgetragen.

Mediendarstellungen von muslimischen Frauen unterstützen die Propaganda der SVP durch die Konzentration entweder auf muslimische Männer oder auf das weibliche „Andere“ (Navarro 2010). Nur selten kommt eine erfolgreiche muslimische Universitätsprofessorin, Rechtsanwältin usw. vor. So werden wir mit einer neuen Art von Orientalismus konfrontiert, der das sinnliche Bild der muslimischen Frau im 19. und frühen 20. Jahrhundert ersetzt. Die Diskussion vermeidet andere wichtige Themen wie Frauenrechte, öffentliche Freiheiten und Zugang zu Bildung und wird in erster Linie auf visuelle Symbole wie Burka und Kopftuch reduziert.

Eine solche Berichterstattung legitimiert auch die mangelnde Thematisierung von Frauenrechten im Westen. Sie fixiert sich auf den Gegensatz zwischen Ost und West, zwischen Islam und dem Okzident, der mit dem Christentum gleichgesetzt wird: Unverschleierte Frauen gelten als befreit und modern, während verschleierte Frauen als rückständig, traditionell und intellektuell zurückgeblieben eingestuft werden. Ein irreführendes Argument entsteht aufgrund zweier vorschneller Verallgemeinerungen: Erstens geht man von zwei homogenen Gruppen aus, muslimischen und nichtmuslimischen Frauen, und zweitens werden alle anderen Merkmale weiblicher Identität wie soziale Schicht, Bildung und Beruf ausgeblendet. Eine solche Konstruktion „muslimischer Frauen“ kann man als „neokolonialen Sexismus“ bezeichnen (Ramirez 2006): eigentlich ein recht plumper Versuch, die Überlegenheit des Westens zu behaupten.

### *Britische Debatten über die Burka*

Ein zweites Beispiel aus dem britischen Kontext bestätigt und veranschaulicht diese Interpretation. Hier stütze ich mich auf die gemeinsame Forschung mit dem britischen Diskursforscher und Medienwissenschaftler John Richardson (Richardson und Wodak 2009a).<sup>6</sup>

Am 1. Mai 2008 fanden in England und Wales Kommunalwahlen statt, gemeinsam mit Wahlen für die Greater London Authority und den Londoner